

deutsche journalistinnen-
und journalisten-union
_presse**information**

dju. Deutsche
Journalistinnen- und
Journalisten-Union

Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft

Medien, Kunst und Industrie

Bundesgeschäftsführung:
Ulrike Maercks-Franzen

Hausanschrift: Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Telefon: 0 30 / 6956-0

Telefax: 0 30 / 6956-3657

Durchwahl: -2322

e-mail: dju@verdi.de

Datum: 26.5.09

**dju in ver.di: Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen des Schweizer
"Tages-Anzeiger" gegen "Massenentlassung auf Vorrat"**

Den Kolleginnen und Kollegen des Schweizer „Tages-Anzeiger“, die heute mit einer Kundgebung auf die geplante Entlassung von einem Viertel der Redaktion – und das Hals über Kopf in den nächsten drei Tagen – aufmerksam gemacht haben, schickt die Deutsche Journalistinnen_ und Journalisten-Union dju in ver.di solidarische Grüße und unterstützt nachdrücklich ihre Forderungen.

Nach Jahren mit großen Gewinnen und stattlichen Dividendenzahlungen an die Aktionäre – auch in diesem Jahr allein 42 Mio Franken – soll nun mit einem massiven „Stellenabbau auf Vorrat“ den erwarteten wirtschaftlichen Aussichten Rechnung getragen werden, betroffen sind rund 80 Festangestellte und freie Mitarbeiter, davon mehr als die Hälfte aus der Regionalberichterstattung. Das entspricht weder der aktuellen wirtschaftlichen Situation noch den Erfordernissen einer optimierten regionalen Kompetenz, und schon gar nicht der sozialen Verantwortung des Verlages.

Die Forderungen der Schweizer Kollegen – nach einem reduzierten und gestaffelten Abbau ohne Hektik, der Möglichkeit freiwilliger Arbeitszeitreduzierungen oder anderer Formen der Kurzarbeit, dem vorrangigen Angebot freier Stellen im Tamedia-Konzern für die Redakteure des „Tages-Anzeigers“ – sind vernünftig und mehr als berechtigt, äußerte Ulrike Maercks-Franzen, Bundesgeschäftsführerin der dju. „Hier werden ohne Not qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihrer wirtschaftlichen Existenz beraubt – wir schauen mit großer Besorgnis auf dieses schlechte Beispiel von aus unserer Sicht verfehlter Verlagspolitik und versichern die Betroffenen unserer gewerkschaftlichen Solidarität.“



Medien, Kunst und
Industrie

**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

